

Beschluss des Landrats vom 13.06.2024

Nr. 628

28. Begleiten und «Da-sein» bis zuletzt 2024/256; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Nicole Roth (SVP) informiert, dass die SVP-Fraktion bereit wäre, das Postulat mit einer kleinen Anpassung im letzten Satz zu überweisen. Sie beantragt, das Wort «zu ergreifen» durch «aufzuzeigen» zu ersetzen. Man möchte erst sehen, welche Massnahmen nötig sind, bevor Geld ausgegeben wird.

Reto Tschudin (SVP) stellt klar, dass die SVP-Fraktion die Postulanten bitten würde, das Postulat entsprechend anzupassen. Falls die Umformulierung nicht geschieht, würde die SVP das Postulat ablehnen, weil sie verhindern möchte, dass damit ein Blanko-Check zum Geldausgeben ausgestellt wird. Die Grundstossrichtung wird jedoch unterstützt.

Stephan Ackermann (Grüne) fragt die SVP, was es denn konkret bedeuten würde, wenn der Regierungsrat lediglich aufgefordert werde? Wird dann gar nichts gehen? Es müsste doch aber etwas gehen. Eine Massnahme, die der Regierungsrat ergreifen könnte, wäre das Einstellen in den Aufgaben- und Finanzplan. Damit wäre das Geld noch nicht gesprochen. Der konkrete Betrag müsste im Rahmen des AFP definitiv verabschiedet werden. Sollte es der SVP zu viel Geld sein, kann sie dann immer noch versuchen, den Betrag anzupassen. Stephan Ackermann, als einer der Unterzeichner, scheint, dass sich damit bei der aktuellen Formulierung gut bleiben lässt. Und auch die SVP darf zustimmen, denn es handelt sich nicht um einen Freipass für Tausende von Franken. Der Votant ist überzeugt, dass der Regierungsrat nicht mit der grossen Kelle ausschöpfen würde.

Sven Inäbnit (FDP) möchte die das Postulat zu verantwortenden Fraktionen bitten, über ihren Schatten zu springen und die kleine Anpassung vorzunehmen. Es wäre ein sehr gutes Zeichen, wenn der Gesamtrat das Postulat überweisen und damit dem wichtigen Anliegen Nachdruck verschaffen würde. Damit vergibt man sich nichts. Im Rahmen des Berichts wird aufgezeigt, was alles möglich ist. Vielleicht ist es auch mehr als nur eine finanzielle Unterstützung. Es wäre wirklich schade, wenn das Anliegen an einer Uneinheitlichkeit im Rat scheitern würde, denn auch in seiner Fraktion gibt es Vereinzelte, die die aktuelle Fassung ablehnen.

Simon Oberbeck (Die Mitte) wäre an sich bereit, nachzugeben. Einen Punkt möchte er aber noch nennen: Es wäre nur fair gewesen, wenn die SVP die Zeit, die man heute zusammen in diesem Saal verbracht hat, genutzt hätte, um auf die Unterzeichnenden zuzugehen und sie auf ihre Absichten hinzuweisen. Das würde die Zusammenarbeit im Parlament vereinfachen.

Reto Tschudin (SVP) zum Votum von Stephan Ackermann: Wären es Millionen, würde der Rat in der Tat nochmals darüber bestimmen. Bei solch kleinen Beträgen hingegen kann der Regierungsrat gemäss dem Auftrag, den er erhalten würde, frei handeln. Deshalb wünscht die SVP die Umformulierung. Und an Simon Oberbeck gerichtet: So viel Flexibilität lässt sich von diesem Rat doch verlangen, um 15:15 Uhr auf einen Änderungsantrag kurzfristig zu reagieren. Es muss nicht alles immer drei Wochen im Voraus besprochen sein.

Stephan Ackermann (Grüne) zum Ablauf des Ganzen: Der Vorstoss wurde fraktionsübergreifend eingereicht. SVP und FDP wurden angefragt, die Diskussionsbasis war vorhanden. Die vorliegende Formulierung entspricht der, auf die man sich geeinigt hatte. Das Votum von Simon Oberbeck möchte der Votant unterstützen, denn es war wohl kaum ein Spontanentscheid der SVP, die Änderung zu beantragen.

Für Stephan Ackermann ist die Formulierung immer noch richtig und er würde daran festhalten. Simon Oberbeck hatte jedoch bereits angekündigt, dass er bereit wäre, den Text zu ändern. Nun sollen sich die anderen zwei Parteien noch dazu äussern.

Andrea Heger (EVP) weist darauf hin, dass die aktuelle Formulierung den genauen Rahmen der Unterstützung durch den Regierungsrat noch nicht definiert. Dieser wird erst eruiert und kommt dann zusammen mit dem Bericht an den Rat zurück. Es lässt sich dann immer noch darauf Einfluss nehmen. Es ist deshalb nicht einzusehen, was an der Formulierung so schlimm sein soll.

Roman Brunner (SP) glaubt, dass allen Fraktionen das Angebot unterbreitet wurde, bei der Erarbeitung des Vorstosses mitzumachen. Man hätte damals bei der Formulierung mitreden können. Es ist eine Mode der SVP, Vorstösse während der Beratung anzupassen und abzuändern. Im Sinne der Effizienz des Parlamentsbetriebs wäre es jedoch wünschenswert, man würde das vorgängig lösen und auf die anderen zugehen. Der Regierungsrat weiss, was er mit dem Vorstoss anfangen kann. Der Handlungsspielraum ist als Postulat gegeben. Der Rat sei somit gebeten, wenn er schon mit der Sache einverstanden ist, nicht auf Formalitäten rumzureiten und den Vorstoss damit zum Scheitern zu bringen.

Tim Hagmann (GLP) sieht, dass heute der Tag ist, an dem man lernt, die internen Prozesse zu verbessern. Das Votum von Simon Oberbeck unterstützend rät auch Tim Hagmann, besser miteinander zu reden. Für die GLP wäre eine Anpassung möglich. Es ist aber eigentlich nicht notwendig. Die SVP sei stattdessen gebeten, über ihren Schatten zu springen, da eine Mehrheit gegen eine Anpassung zu sein scheint.

://: Mit 46:28 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
